

Gesetzentwurf im Bundestag: AfD will „deutsches Volk“ vor Volksverhetzung schützen

[Veröffentlicht am 27.04.2018 von EpochTimes](#)

Der Bundestag berät heute über Religionsfreiheit und Volksverhetzung, der auch rechtsgerichtete Parteien in den Blick nimmt.

Die AfD stellt ihrerseits einen Gesetzentwurf für die Änderung des Paragraphen zur Volksverhetzung vor.

In dem Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit heißt es: „Es gibt sowohl aus der Geschichte wie auch der Gegenwart Beispiele für Formen zum Beispiel des Antisemitismus und des antimuslimischen Rassismus, an denen sich illustrieren lässt, wie auf dem Umweg über das Diffamieren der Religion deren Anhänger angegriffen werden sollen.“



Bundestag. Foto: chrupka/iStock

Aktuell bedienen sich etwa in Europa „*rechtspopulistische Akteure*“ dieser „*Umwegkommunikation, um ihr antimuslimisches Ressentiment zu transportieren*“.

Die AfD stellt ihrerseits einen Gesetzentwurf für die Änderung des Paragraphen zur Volksverhetzung vor. Sie will erreichen, dass auch „*das deutsche Volk*“ ein „*geeignetes Tatobjekt einer Volksverhetzung*“ sein kann – gemeint sind die Deutschen in ihrer Gesamtheit.

Dies werde in der Rechtspraxis aktuell nicht flächendeckend so gesehen, beklagt die Partei. (dpa)